



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Guten Abend beisammen. Es ist seit der letzten Sitzung bereits eine Zeitlang her und es passierte in der Zwischenzeit auch einiges. Ich hoffe, dass alle den Schock nach der Budget-Abstimmung langsam bereits ein bisschen verdauten und Sie Ihre Schlüsse daraus ziehen konnten. Wenn man etwas Positives darin sehen kann, dann dies, dass sich die Langenthaler Bevölkerung nun etwas mehr bewusst ist, was unsere Stadt finanziell alles leistet und was es bedeutet, wenn man von unserem Stimm- und Wahlrecht keinen Gebrauch macht! Im Weiteren freute es mich, dass Stadtpräsident Reto Müller die Vertreter der Fraktionen jüngst zu einem Gespräch einlud, sowie auch die Tatsache, dass sich letzten Samstagmorgen verschiedene Vertreter der Fraktionen hier in der Alten Mühle zu einem freien Meinungs-austausch trafen.

Damit eröffne ich die Stadtratssitzung und heisse alle anwesenden Stadratsmitglieder, Gäste und Zuschauer herzlich willkommen. Ganz speziell begrüsse möchte ich heute unser neues Stadratsmitglied Carmen Cescato von der SP/GL-Fraktion und wünsche ihr dabei viel Spass und Befriedigung in der Ausführung dieses Amts. Herzlich willkommen. Ich bitte nun Simone Burkhard Schneider den Appell durchzuführen:

- 36 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
 - 2 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend².

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Hiermit stelle ich zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste und die diesbezüglichen Akten sind erneut auch auf der Website der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Somit kommen wir zu Traktandum Nr. 1.

¹ Zwei Stadratsmitglieder treffen mit Verspätung zwischen 19.06 und 19.11 Uhr ein.

² Ein Gemeinderatsmitglied wohnt der Sitzung ab 19.15 Uhr bei.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 3. April 2023

1. Protokoll der Stadtratssitzungen vom 19. Dezember 2022 und 23. Januar 2023: Kenntnisnahme

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Hier geht es um die Protokolle der letzten beiden Stadtratssitzungen. Gibt es Bemerkungen dazu? Das scheint nicht der Fall zu sein, sodass wir zu Traktandum Nr. 2 übergehen.



2. Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission (Ersatzwahl für den per 24. Januar 2023 zurückgetretenen Paul Bayard [SP])

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Dabei handelt es sich um die Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission für den am 24. Januar 2023 zurückgetretenen Paul Bayard (SP). Ist das Eintreten bestritten? Nein.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Die SP/GL-Fraktion schlägt als Nachfolger von Paul Bayard in der Geschäftsprüfungskommission den Stadtrat Linus Rothacher vor. Wird dieser Wahlvorschlag ergänzt? Ich sehe keine Wortmeldung. Gibt es Beratungsbedarf? Wünscht jemand das Wort?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Linus ist mit seinen jungen 22 Jahren kein unbeschriebenes Blatt Papier. Er zog 2014 nach Langenthal und trat 2016 der SP Langenthal bei. Gleichzeitig übernahm er sogleich bei der SP, aber auch bei den Juso Vorstandsarbeiten. Ab 2016 war er auch Mitglied des Jugendparlaments Oberaargau und konnte dort erste wichtige parlamentarische Erfahrungen sammeln. Als Jus-Student an der Universität de Fribourg erarbeitet er sich im Moment Kompetenzen, um in diesem Gremium sicher zu brillieren und damit die GPK wertvoll ergänzen zu können. Die SP/GL-Fraktion dankt für die Unterstützung von Linus Rothacher und wir hoffen auf die Annahme unseres Vorschlags. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Wer Linus Rothacher von der SP mit Wirkung ab dem 18. April 2023 bis zum Ende der laufenden Legislatur per 31. Dezember 2024 in die GPK wählen möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte zeigen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Herzliche Gratulation und viel Vergnügen in diesem neuen Amt.

(Applaus)

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung¹:

1. Herr Linus Rothacher wird als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, mit Wirkung ab dem 18. April 2023 bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode (31. Dezember 2024), gewählt.
2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

¹ Mittlerweile sind 37 Stadratsmitglieder anwesend.



3. **Stiftung Schloss Aarwangen: Gesuch um Mitfinanzierung der Baukosten des Schlosses Aarwangen: Bürgschaftsverpflichtung für ein NRP-Darlehen: Zustimmung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Wir gehen zügig weiter und kommen zu Traktandum Nr. 3. Hier geht es beim Gesuch der Stiftung Schloss Aarwangen um die Mitfinanzierung der Baukosten des Schlosses mittels Bürgschaftsverpflichtung für ein NRP¹-Darlehen. Das Eintreten wird nicht bestritten und wir kommen zur Beratung.

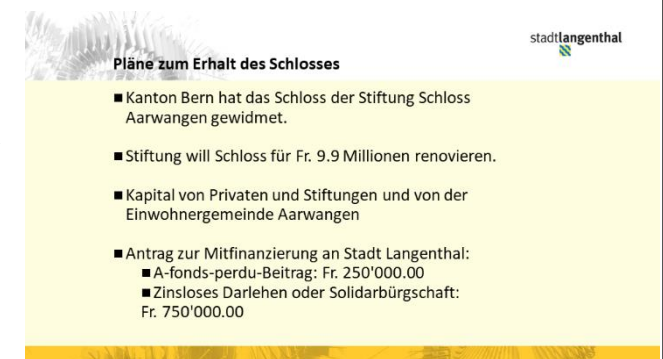
II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Das Wort dazu hat Gemeinderätin Helena Morgenthaler.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Das Schloss Aarwangen befindet sich nicht auf einem Hügel, sondern liegt vielmehr direkt am Aareufer, was das Schloss auf eine Art auch speziell macht. Es wurde im 13. Jahrhundert erbaut und gehörte zuerst den Herren von Aarwangen und daraufhin den Habsburgern. Mit dem Bau der Brücke gewann das Schloss an grosser Bedeutung. Bern kaufte das Schloss im Jahr 1432, worauf es bis ins Jahr 1912 als Landvogtei, als Amtssitz, als Amtsgericht und als Gefängnis diente. Die meisten hier im Saal mögen sich wohl noch an diese diversen Institutionen erinnern.



Nach langem Hin und Her und unter starkem Druck der Oberaargauer Vertreter im Grossen Rat, vorab mit dem Sprecher Grossrat Freudiger, wurde das Schloss Ende der 10er Jahre der Stiftung Schloss Aarwangen gewidmet. Die Stiftung beabsichtigt das Schloss für 9,9 Mio. Franken zu renovieren. Das Schloss soll ein Zentrum des Oberaargaus für Wirtschaft, Kultur und Geschichte werden. Das Kapital kommt von Privaten und Stiftungen sowie von der Einwohnergemeinde Aarwangen. Bereits im Juli 2021 gelangte die Stiftung mit dem Antrag zur Mitfinanzierung an die Stadt Langenthal. Man wünschte sich dabei einen A-fonds-perdu-Betrag von Fr. 250'000.00 sowie ein zinsloses Darlehen oder eine Solidarbürgschaft in der Grössenordnung von Fr. 750'000.00. Aarwangen stimmte dann in der Folge an der Gemeindeversammlung vom Dezember 2021 einer entsprechenden Unterstützung zu. Dabei hiess Aarwangen einen A-fonds-perdu-Betrag, eine Bürgschaft sowie Betriebsbeiträge im Rahmen von einer Million Franken gut.



¹ NRP = Neue Regionalpolitik.



Der Gemeinderat befasste sich mehrfach mit dem Gesuch und kam dabei zu folgendem Schluss: Es wird kein A-fonds-perdu-Betrag gesprochen; stattdessen aber eine Solidarbürgschaft für ein Bundesdarlehen im Rahmen der neuen Regionalpolitik in der Höhe von Fr. 250'000.00. Dies entspricht dem Vorschlag, der Ihnen heute vorliegt.



Beratung Gemeinderat

- Kein A-fonds-perdu-Beitrag
- Solidarbürgschaft für Bundesdarlehen im Rahmen der neuen Regionalpolitik (NRP) in der Höhe von Fr. 250'000.00

Dies sieht im Detail wie folgt aus: Sie sehen hier auf dieser Darstellung zu Ihrer Linken das Schweizer Kreuz, das die neue Regionalpolitik von Bund und Kanton darstellen soll. Mit diesen Geldern will man Berggebiete und den weiteren ländlichen Raum sowie die Grenzregionen in ihrer regionalwirtschaftlichen Entwicklung unterstützen. Rechts von Ihnen ist die Stiftung Schloss Aarwangen als Darlehensnehmerin platziert. Darüber steht die Stadt Langenthal, die dabei eine Bürgschaftsverpflichtung eingeht.



Somit komme ich zu den gemeinderätlichen Anträgen, wonach eine Bürgschaft der Stadt Langenthal für ein NRP-Darlehen der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Stiftung Schloss Aarwangen in der Höhe von maximal Fr. 250'000.00 vorgeschlagen wird.



Anträge

- I. Der Bürgschaft der Stadt Langenthal für ein NRP-Darlehen der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Stiftung Schloss Aarwangen in der Höhe von maximal Fr. 250'000.00 wird zugestimmt.



Dabei sind unter II. Abschnitt a. folgende Eckwerte vorgesehen: Die Stadt Langenthal als Solidarbürkin gegenüber der Schweizerischen Eidgenossenschaft und vertreten durch den Kanton Bern übernimmt die Bürgschaft bis zu einem Höchstbetrag von Fr. 250'000.00.

Anträge

II. Der Gemeinderat wird ermächtigt, eine entsprechende Bürgschaftsverpflichtung mit folgenden Eckwerten abzuschliessen:

- a. Zur Sicherstellung des NRP-Darlehens der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Stiftung Schloss Aarwangen verpflichtet sich die Stadt Langenthal als Solidarbürkin gegenüber der Schweizerischen Eidgenossenschaft, vertreten durch den Kanton Bern, bis zu einem Höchstbetrag von Fr. 250'000.00.

Unter Abschnitt b. ist festgehalten, dass eine sukzessive Rückzahlung des Darlehensbetrags vorgesehen ist. Dabei dauert die Bürgschaftsverpflichtung bis zum Zeitpunkt der vollständigen Rückzahlung des gewährten Darlehens und in jedem Fall aber maximal 25 Jahre.

Anträge

II. Der Gemeinderat wird ermächtigt, eine entsprechende Bürgschaftsverpflichtung mit folgenden Eckwerten abzuschliessen:

- (...)
- b. Es ist eine sukzessive Rückzahlung des Darlehensbetrags vorzusehen. Mit der sukzessiven Rückzahlung des Darlehensbetrages verringert sich prozentual der Haftungsbetrag der Stadt Langenthal. Die Bürgschaftsverpflichtung dauert bis zum Zeitpunkt der vollständigen Rückzahlung des gewährten Darlehens und in jedem Fall maximal 25 Jahre.

III. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Nun danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre geschätzte Zustimmung zum vorliegenden Geschäft. Es geht hier dabei um ein regionales Zeichen und ausserdem, und nicht zuletzt, auch um einen kulturpolitisch regionalen Zusammenhalt. Besten Dank.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Eine Berichterstattung der GPK liegt keine vor. Somit hätten nun die Fraktionssprecher und Fraktionssprecherinnen das Wort.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Die SP/GL-Fraktion würde gerne einen Rückweisungsantrag stellen. Leider konnten wir mit den erhaltenen Unterlagen nicht sehen, wie das Schloss finanziert werden soll. Wir konnten daraus nicht erkennen, dass am Schluss nicht die Langenthalerinnen und Langenthaler diese Fr. 250'000.00 zu übernehmen haben. Es wäre uns deshalb ein grosses Anliegen, wenn wir dieses Geschäft seriöser vorbereiten könnten. Wir hatten die Absicht, diesen Antrag bereits das letzte Mal einzureichen. Leider wurde dann die damalige Beratung kurzfristig abgesagt, sodass wir ihn noch nicht stellen konnten und unsere Forderung weiterhin im Raum steht.

Stadtratsitzung 3. April 2023, Traktandum Nr. 3

Antrag der SP/GL-Fraktion: Begründung Rückweisung

Der Businessplan Schloss Aarwangen scheint auf den ersten Blick mit einer «schwarzen Null» aufzugehen. Bei näherer Betrachtung fehlen jedoch grundlegende Angaben zur weiteren Finanzierung durch die öffentliche Hand. Ein Betrag von rund 1.5 Millionen ist noch nicht finanziert, obwohl bereits sämtliche gängigen Finanzierungsquellen der öffentlichen Hand aufgeführt sind. Hier besteht ein Risiko einer Unterfinanzierung und damit eines Scheiterns des Projekts. Zudem fehlen in der Plan-Erfolgsrechnung die Abschreibungen auf jenen Beträgen, die nicht à-fonds-perdu geleistet werden. Es dürfte sich hier um jährlich mehrere 10'000 Franken handeln, die die Erfolgsrechnung entsprechend deutlich ins Minus wenden. Zudem scheinen die Besucher*innenzahlen hoch. Hilfreich für eine seriöse Beurteilung wären Vergleichszahlen zu anderen Schlössern und Burgen mit Angeboten für Besucher*innen.



Uns fehlen dabei die Abschreibungen und Vergleichszahlen betreffend die Besucherinnen und Besucher von anderen Schlössern und Burgen. Das Vertrauen, das wir dabei aussprechen würden, ist schön und recht, wozu wir uns gerne auch beteiligen möchten. Aber leider zeigten die letzten paar Wochen, dass Vertrauen allein nicht ausreicht um weiterzukommen. Deshalb wünschen wir uns für dieses Geschäft mehr Transparenz. Merci vielmals.

Stadtratssitzung 3. April 2023, Traktandum Nr. 3

stadtlangenthal

Antrag der SP/GL-Fraktion: Begründung Rückweisung

Aufgrund dieser drei Hauptgründe ist die SP/GL Fraktion zum Schluss gekommen, dass das Projekt auch längerfristig nicht selbsttragend sein wird und die Bürgerschaft damit zum Tragen kommen würde.

Die SP/GL Fraktion teilt die Beurteilung der Finanzkommission, dass der Betrag letzten Endes à-fonds-perdu geleistet werden könnte und wünscht einen bereinigten Businessplan mit den oben erwähnten Angaben für eine seriöse Beurteilung des Geschäfts.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Ich stelle damit fest, dass ein Rückweisungsantrag vorliegt, sodass wir zuerst über diesen Ordnungsantrag zu befinden haben, bevor wir auf das Geschäft als solches eingehen. Nun bitte ich die Fraktionen um Stellungnahme zu diesem Ordnungsantrag. Wem darf ich das Wort erteilen?

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Eigentlich schrieb ich mir ganz viel auf, was ich nun aber zur Seite legen kann. Ich möchte gerne kurz mit Ihnen zusammen nachdenken. Ihr fordert mehr Transparenz bezüglich diesem hohen Umbaukredit. Es ist ja noch nicht lange her, dass sich die Gemeinden dagegen wehrten, Langenthal weiterhin so viel Geld für die Bibliothek zahlen zu müssen. Im Umkehrschluss geht es nun beinahe um dasselbe, nur waren wir dort in der Nehmerrolle und hofften auf viele Beiträge, da sie ja von unserer Bibliothek entsprechend profitieren konnten. Nun steht dieses Schloss eben in Aarwangen und nicht in Langenthal, womit es nicht direkt ein Geschäft von uns ist. Könnte man dies nun nicht doch auch etwas gleich anschauen, zumal wir vorher von Solidarität sprachen? Sollten wir es nicht auch so sehen, dass wir damit als Region Oberrhein dieses Schloss erhalten und damit hoffen können, dass es die Stiftung auf die Reihe bringt? Ich hoffe dabei schwer, dass wir dann diese Solidarverpflichtung nicht einzulösen haben. Jetzt lässt es sich noch nicht sagen und in 25 Jahren werden wir dann alle schlauer sein. Aber grundsätzlich gilt es bei solchen Geschäften solidarisch zu sein und ich glaube, dass wir schon dümmer Geld ausgaben. Deshalb bitte ich Sie diesen Rückweisungsantrag abzulehnen. Merci vielmals.

FDP/jil-Fraktion, André Rentsch (jil): Wir von der FDP/jil-Fraktion weisen diesen Antrag zurück und können ihn nicht unterstützen. Aus unserer Sicht wird klar aufgezeigt, wofür dieses Geld gebraucht werden soll: nämlich für nichts Anderes als zur Absicherung dieses Darlehens, wobei es sich, wie wir zuvor sahen, um eine Bürgschaft handelt. Ich weiss auch nicht genau, was es bringen soll, Besucherzahlen von anderen Schlössern oder ähnlichen Institutionen beizuziehen, ist es doch immer etwas sehr Individuelles und schlussendlich geht es hier um ein Budget. Bei einem Budget ist es ja immer so, dass wir hier alle mit diesen Zahlen eine Erfolgsrechnung aufstellen könnten und wir dabei zu 40 unterschiedlichen Ergebnissen kommen würden. Deshalb weiss ich nicht, was es bringen soll, wenn man hier weitere Unterlagen einfordert. Schlussendlich gilt es hier auch dem Stiftungsrat zu vertrauen, dass diese Unterlagen seriös erarbeitet wurden und dass dieses Geschäftsmodell aufgeht. Merci.

GLP/EVP-Fraktion, Renate Niklaus-Lanz (GLP): Auch wir diskutierten diesen Antrag kurz und lehnen ihn ebenso ab. Wir glauben nicht, dass es besser wird, wenn noch mehr Zahlen dazu vorliegen, sodass ich mich auch den Worten meines Vorredners anschliesse und diesen Antrag im Namen meiner Fraktion ablehne.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Nachdem sich alle Fraktionen zu Wort meldeten, kommen wir zu den Einzelsprechern. Wünscht jemand das Wort? Nein, das scheint nicht der Fall zu sein. Nun möchte sich aber Helena Morgenthaler nochmals zu Wort melden.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Ich habe noch einige Bemerkungen zu den Inputs der SP/GL-Fraktion zu machen. Ich sprach mit der zuständigen Person des Stiftungsrates, der sehr tief im Finanzgeschäft tätig war und auch immer noch ist. Er versicherte mir dabei, dass auch ein Hinausschieben dieses Geschäfts keine verlässlicheren Zahlen liefern wird. Der Aufwand für den Betrieb wird bis zur Eröffnung in



der zweiten Jahreshälfte 2024 durch den Sanierungskredit bestritten. Bei der Finanzierung dieses Bauprojekts handelt es sich ausschliesslich um A-fonds-perdu-Beträge, Sponsoring und zinslose Darlehen, weshalb auch keine Abschreibungen vorgesehen sind. Beim nächsten Budget, nach Abschluss der Bauphase, werden dann solche Positionen natürlich aufgeführt. Beim Budget für den Betrieb, wie Sie auf Seite 23 lesen können, ist ein Posten «Liegenschaftsaufwand» in der Höhe von Fr. 85'000.00 vorgesehen. Von diesem Betrag sind Fr. 60'000.00 für die Amortisation der Bundesdarlehen und Fr. 25'000.00 für allfällig zukünftige Darlehen vorgesehen, die dann eventuell verzinst werden müssten. Im Übrigen möchte die Stiftung sehr gerne nach den Sommerferien mit den Arbeiten beginnen, sodass es für die Sache nicht gut wäre, wenn das Geschäft nochmals vertagt würde.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Somit ist die Beratung abgeschlossen und wir stimmen über diesen Rückweisungsantrag ab. Wer diesen Rückweisungsantrag annehmen möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte. Wer möchte diesen Rückweisungsantrag ablehnen? Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SP/GL-Fraktion¹

12 Ja

25 Nein abgelehnt

1 Enthaltung

Stadtratssitzung 3. April 2023, Traktandum Nr. 3

stadtlangenthal

Antrag der SP/GL-Fraktion: Rückweisung

Die SP/GL Fraktion stellt den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts.

Wir fahren nun mit der Beratung fort, sodass ich die Fraktionssprecher bitte, sich bei allfälligem Wortbedarf noch zu melden.

FDP/jll-Fraktion, André Rentsch (jll): Bevor ich nochmals etwas dazu sagen möchte, weshalb wir von der FDP/jll-Fraktion dieses Geschäft mehrheitlich unterstützen, möchte ich Ihnen etwas vorlesen, das sich im Bericht des ABiKuS² finden lässt, wobei es sich um Abschnitt 8 «Ergebnis» handelt: «Der Erhalt eines bedeutenden Baudenkmals aus dem Mittelalter in einer Nachbargemeinde ist auch im Interesse der Stadt Langenthal. Er wirkt sich positiv auf das kulturelle Selbstverständnis und das Ansehen der ganzen Region Oberaargau aus.» Warum zitiere ich diesen Abschnitt? Es geht hier um ein Projekt, das seriös ist und es handelt sich nicht um ein Renditeobjekt, bei dem man nicht weiss, wer dahintersteht. Es geht hier um ein bedeutendes Baudenkmal mit einem Stiftungsrat, der bereits bewies, dass er fähig ist, Projekte umzusetzen. Zudem ist es wichtig für unsere Region und hat entsprechende Bedeutung.

In meiner Fraktion sind nicht alle einstimmig dafür, gibt es doch auch Gegenstimmen. Dabei wurde unter anderem die Finanzierung angesprochen, worüber wir zuvor bereits redeten und ich nicht noch mehr Worte dazu verlieren möchte. Aber etwas ist mir dennoch wichtig zu erwähnen, und damit meine ich die Region Oberaargau. Mit diesem Geschäft und der Zustimmung dazu können wir vorausgehen und auch für andere überregionale Projekte ein Zeichen setzen, die dereinst in Langenthal zum Thema werden können. Ich spreche hier insbesondere das Eishockey-Stadion an. Setzen wir also ein Zeichen und gehen mit gutem Beispiel voran. Die FDP/jll-Fraktion ist nicht geschlossen dafür, aber unterstützt dieses Geschäft mehrheitlich.

¹ Bei mittlerweile 38 anwesenden Stadtratsmitgliedern.

² ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport.



GLP/EVP-Fraktion, Renate Niklaus-Lanz (GLP): Wir diskutierten das Geschäft bei uns in der Fraktion intensiv und sehen dabei auch, dass dies ein interessantes und spannendes Projekt für die ganze Region sein wird. Wir schätzen auch das grosse Engagement, das vor allem auch von privater Seite geleistet wird, wie auch das Herzblut, das in dieses ganze Projekt gesteckt wird. Anlässlich des Tages der offenen Tür konnte ich selber einen Eindruck davon gewinnen. Gleichzeitig sah ich aber auch, dass dort noch viel zu machen ist. Wir studierten dann auch noch den Businessplan und wir als Fraktion kamen einstimmig zum Schluss, dass dieser sehr, sehr optimistisch formuliert ist. Wir haben das Gefühl, dass die budgetierten Einnahmen, die mit einem Drittel durch die Besucher und Veranstaltungen erwirtschaftet werden sollen, so nicht aufgehen werden. Im Moment herrscht zudem in allen Gemeinden eine finanziell angespannte Situation und wir merken auch, dass die Leute sparen. Entsprechend befürchten wir, dass die prognostizierten Zahlen am Schluss nicht aufgehen. Auch die Angaben zum Umbauprojekt, die vom August 2022 stammen, stellen wir in Frage, da sich das Bauen in der Zwischenzeit massiv verteuerte. Daneben befindet sich unsere Stadt im Moment in einem budgetlosen Zustand, sodass wir aktuell nicht genau wissen, wie es am Schluss mit dem Steuerfuss rauskommt. Unsere Fraktion findet deshalb, dass wir diesen Antrag einstimmig ablehnen. Merci vielmals.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Genau aus diesem Grund plädierten wir für Rückweisung, damit man dies überarbeiten könnte. Es ist aber nicht so, dass wir dieses Geschäft versenken wollen. Die SP/GL-Fraktion wird diesem Geschäft grossmehrheitlich so zustimmen. Dabei werden wir darauf vertrauen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die vertrauen, richtig vertrauen. Ich möchte einfach noch kurz zwei, drei Dinge in die Runde werfen. Wenn nun diesen Fr. 250'000.00 zugestimmt wird und wir diese dann zu tragen haben, so erhoffe ich mir aber auch, dass man auch etwas mehr Geld für die Schulsozialarbeit sprechen wird, die man dringend aufstocken sollte. Dann hoffe ich auch darauf, dass man im nächsten Jahr das Projekt SIP¹ wieder einführt und ebenso hoffe ich, dass man das Ferienheim Oberwald sanieren kann. Wir werden uns grossmehrheitlich für den Antrag des Gemeinderates aussprechen. Merci.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es noch weitere Fraktionsmeinungen?

SVP-Fraktion, Martin Lerch (SVP): Die SVP-Fraktion wird diesem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen. Dies erfolgt im Wesentlichen mit nachfolgender Begründung. Selbstverständlich können wir dabei nachvollziehen, was die Finanzkommission für einen Antrag stellte, sind aber dennoch grossmehrheitlich für die Kulturkommission und die Haltung des Gemeinderates. Für uns gibt es vier Gründe, wobei der geschichtliche Hintergrund bereits genannt wurde. Es handelt sich hier um ein grosses Kulturgut und man kann sagen, dass es das Bedeutendste in der Region Ob- und Nidwalden ist. Das sieht man beispielsweise daran, dass es nächstes Jahr einen eidgenössischen Anlass mit 7000 bis 10'000 Teilnehmenden in Langenthal gibt. Da prangt auf der Front des Einladungsschreibens nicht das «Choufhusi» oder die «Hohwacht», sondern das Schloss Aarwangen, was eben schon auch Ausdruck dessen Bedeutung ist. Wir hörten ja, welche Funktionen das Schloss ehemals während Jahrhunderten erfüllte, was unglaublich ist und einer reichen Geschichte entspricht und abendfüllend wäre, würde ich auf die Details eingehen. Es gab 75 Landvögte von Aarwangen, die das Gebiet in dem Sinn nach den mittelalterlichen Vorstellungen «managten». Einer davon, Hieronymus von Erlach, erlangte dabei europäische Bedeutung, war sehr vermögend und liess daraufhin auch das Schloss Thunstetten als Privatbesitz erbauen. Natürlich ist dieses Schloss Thunstetten auch sehr schön, aber historisch gesehen ist das Schloss Aarwangen ungleich wichtiger. Ich erinnere daran, dass diesen Sommer eine Ausstellung über das mittelalterliche Hexenwesen im Ob- und Nidwalden stattfand und ich da zur Jana Fehrensens schaue. Allein im Schloss Aarwangen wurden 200 Hexen und Hexerliche verurteilt und anschliessend grausam hingerichtet. Dies betraf alle in unserer Region.

Daneben gibt es einen zweiten Punkt, dass wir das Beste aus der Situation machen müssen. Für mich ist unverständlich, dass der Kanton Bern ein solches Objekt abstösst. Wir wehrten uns seinerzeit im Hinblick auf die Verwaltungsreform vehement dagegen, wobei die Regierung der Meinung war, dass sie mit diesem Schloss Millionen verdienen kann. Dieser Schuss ging gründlich nach hinten los, sodass sie am Ende grosse

¹ SIP = Sicherheit – Intervention – Prävention.



Beträge nachschliessen musste, um damit allein nur die Stillstandschäden einigermaßen sanieren zu können. Wie gesagt, hörte man damals nicht auf uns. Wir müssen dies nun packen, haben wir doch heute eine Chance, haben wir auch eine Struktur und eine Trägerschaft, die wirklich gut ist. Und dies umschreibt den dritten Punkt, da die Stiftung in meinen Augen optimal zusammengesetzt ist. Es sind Langenthaler Unternehmen federführend dabei, weiter auch zwei Ehrenbürger von uns, die wir hier im Stadtrat ernannten und sich an vorderster Front engagieren, liebe Anwesende. Und da sollten wir ein Zeichen setzen und solidarisch sein, sodass wir diesen Leuten nicht auch noch in den Rücken fallen sollten. Es geht hier um ein Projekt für die Region und von der Region und Langenthal würde sich lächerlich machen, wenn man hier mit dieser Bürgerschaft nicht wenigstens ein kleines Zeichen der Solidarität setzen würde. Das ist wirklich nicht übertrieben und es ist rechtlich eine Eventualverpflichtung. Die Chancen sind schwierig abzuschätzen, aber ich habe Vertrauen in diese Leute, die sich hier darum bemühen. Wer denn sonst?

Diese Stiftung machte sich auch bereits an die Arbeit und es liegen mir hier vier Broschüren vor, die vor allem an Schulen abgegeben werden, was wichtig ist, die Jugend darüber zu informieren und ihnen zu zeigen, über welche Kulturgüter wir hier verfügen; dies nach dem Motto: «Zukunft braucht Herkunft», da wir wissen sollten, woher wir stammen. Schlussendlich wurde der letzte Punkt ebenso bereits erwähnt, geht es dabei doch um die regionale Zusammenarbeit und Solidarität. Auch Langenthal wurde sehr durch dieses Schloss geprägt und es geht um ein Geben und Nehmen. Es ist ein regionales Projekt und auch Langenthal wird wieder auf die Solidarität der umliegenden Gemeinden angewiesen sein. Ich denke dabei an die «Gartenagglomeration», die wir realisieren wollen und es gibt ein neues kantonales Gesetz über Fusionen, wozu Langenthal eine Funktion zu übernehmen hat. Aus all diesen Gründen würde eine Ablehnung als sehr negativ wahrgenommen werden und vermutlich auch andere Gemeinden davon abhalten, mitzumachen. Und noch etwas ist zu erwähnen, wurde doch auch schon befürchtet, dass bei Zustimmung zu dieser Vorlage die kantonalen Gelder für das Schloss Thunstetten abnehmen. Dem ist nicht so. Da diskutierten wir über die SEVA-Gelder¹ im Grossen Rat und da wurde klar gesagt, dass jedes Objekt, das die Bedingungen erfüllt, unterstützt werden kann, sodass es in diesem Sinn kein regionales Kontingent gibt. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie aus fester Überzeugung dieser absolut tragbaren Bürgerschaft aus geschichtlichen und regionalpolitischen Gründen, aber auch als Zeichen der Solidarität mit Aarwangen, der Region und unserer Jugend zuzustimmen. Besten Dank.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke auch dafür. Somit äusserten sich alle Fraktionen und so kommen wir zu den Einzelsprechern. Gibt es dazu Wortbegehren?

Nathalie Scheibli (SP): Eigentlich wollte ich mich bei diesem Geschäft der Stimme enthalten. Es gab nun aber ein paar Argumente, die mich dazu bewegen, das Geschäft nun doch anzunehmen. Dabei wurde das Vertrauen in den Stiftungsrat angesprochen. Dieses Vertrauen habe ich auch, obwohl ich zuerst das Gefühl hatte, dass ich mich enthalten will. Es wurde das «kulturelle Selbstverständnis» – ein sehr schönes Wort, erwähnt. Ja, das ist wirklich so, dass es kulturelles Selbstverständnis braucht, um Kultur zu fördern, egal in welcher Sparte. Hier geht es nun einmal um die Sparte «Historisches». Daneben wurden noch die Solidarität, die Schulen, die Jugend und die Zukunft angesprochen. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, dass unsere Kinder wissen, woher sie kommen, wenn sie in die Zukunft schreiten. Ich wünsche mir dann aber in Zukunft auch wirklich nicht nur Vertrauen in den Stiftungsrat, sondern auch in den Gemeinderat. Ebenso wünsche ich mir kulturelles Selbstverständnis, wenn es um das Stadttheater geht sowie Solidarität gegenüber künftigen Bauten für Schulen, wenn es um Schulen, Jugend und Zukunft geht. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Wortmeldungen von Einzelsprechern?

¹ SEVA = ehem. Lotteriegenossenschaft für Seeschutz, Verkehrswerbung und Arbeitsbeschaffung, seit 2003 Teil der Gesellschaft Swisslos.



Roland Loser (SP): Schlussendlich sind die meisten bei uns in der SP grundsätzlich für dieses Geschäft, zumal wir in der Regel immer dafür sind, wenn es um Kultur geht. Und hier geht es um Kultur und ist sehr wichtig. Wir hätten es vielleicht ehrlicher gefunden, wenn man dies als A-fonds-perdu-Betrag ausgewiesen hätte, da es dann klar gewesen wäre, was es ist. Wenn es anders kommt, ist es schön, aber irgendwie haben wir doch auch den Eindruck, dass es dann umgekehrt rauskommen kann. Man gewinnt dann schon auch etwas den Eindruck, dass man hier beide Augen zudrückt, nur weil da jemand anders dahintersteht, was man ansonsten häufig nicht macht. Aber auch ich werde diesem Geschäft zustimmen.

Stadratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es noch weitere Voten? Wünscht die Gemeinderätin nochmals das Wort? Nein. Damit ist die Beratung abgeschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Wer den Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussesentwurf Ziff. 1 bis Ziff. 3 zustimmen will und die Bürgerschaft der Stadt Langenthal für ein Darlehen der Eidgenossenschaft an die Stiftung Schloss Aarwangen in der Höhe von Fr. 250'000.00 bejahen und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen will, soll nun die Stimmkarte in die Höhe strecken. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein und 1 Enthaltung:**

1. **Der Bürgerschaft der Stadt Langenthal für ein NRP-Darlehen der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Stiftung Schloss Aarwangen in der Höhe von maximal Fr. 250'000.00 wird zugestimmt.**
2. **Der Gemeinderat wird ermächtigt, eine entsprechende Bürgschaftsverpflichtung mit folgenden Eckwerten abzuschliessen:**
 - a. **Zur Sicherstellung des NRP-Darlehens der Schweizerischen Eidgenossenschaft an die Stiftung Schloss Aarwangen verpflichtet sich die Stadt Langenthal als Solidarbürkin gegenüber der Schweizerischen Eidgenossenschaft, vertreten durch den Kanton Bern, bis zu einem Höchstbetrag von Fr. 250'000.00.**
 - b. **Es ist eine sukzessive Rückzahlung des Darlehensbetrags vorzusehen. Mit der sukzessiven Rückzahlung des Darlehensbetrages verringert sich prozentual der Haftungsbetrag der Stadt Langenthal. Die Bürgschaftsverpflichtung dauert bis zum Zeitpunkt der vollständigen Rückzahlung des gewährten Darlehens und in jedem Fall maximal 25 Jahre.**
3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



4. **Motion Cap Georg (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (GLP), Rothacher Linus (SP), Lerch Martin (SVP) vom 23. Januar 2023: Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen: Stellungnahme**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Es folgt Traktandum Nr. 4 mit der Stellungnahme zur Motion «Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen». Das Eintreten dazu ist zwingend und wir gehen direkt zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Eine Berichterstattung durch den Gemeinderat gibt es keine, da eine schriftliche Stellungnahme vorliegt. Seitens GPK gibt es ebenso wenig eine Berichterstattung. So übergebe ich dem Sprecher der Motion das Wort.

Sprecher der Motion, Georg Cap (GL): In erste Linie möchte ich mich im Namen der Motionäre beim Gemeinderat für die Beantwortung bedanken. Wir sind natürlich sehr erfreut, dass sich der Gemeinderat für dieses Anliegen ausspricht, wenn auch vielleicht nicht ganz einstimmig, aber er sprach sich dafür aus. Wie Sie der Motion entnehmen konnten, geht es darum, dass die Situation bezüglich des politischen Mitspracherechts in Langenthal etwas gelockert werden soll. Wenn wir den Blick auf andere Gemeinden richten, so merken wir, dass wir uns in Langenthal mit unseren 900 Unterschriften, die es für eine Initiative braucht, am oberen Rand des möglichen Spektrums befinden. Auch wenn man die gesetzlich erlaubte höchste Prozentzahl anschaut, so sind wir dort mit beinahe 10 Prozent an nötigen Unterschriften, bezogen auf die Langenthaler Stimmbevölkerung, am oberen Rand des Erlaubten. Diese Situation hemmt ohne Zweifel die Möglichkeit, das politische Instrument einer Initiative oder auch eines Referendums zu ergreifen.

Schauen wir ein bisschen in die Geschichte zurück, so merken wir, dass in den letzten zehn Jahren nur gerade zweimal der Versuch unternommen wurde, in Langenthal eine Initiative zu lancieren. Und beide Versuche scheiterten bereits während der Sammelphase, was einen aber kaum wundert, wenn man sieht, dass von 10'000 Langenthalerinnen und Langenthälern, die stimmberechtigt sind, nicht einmal 3'000 Leute an der Budget-Abstimmung teilnahmen. Wie soll man da 900 Leute für eine Initiative finden? Alle, die bereits schon einmal in Langenthal für ein Begehren Unterschriften sammelten, wissen, dass es schwer ist. Besonders schwierig ist es, wenn es nur Langenthaler Unterschriften sein sollten. Die vorliegende Motion soll nun also die Hürde für Initiativen und Referenden abbauen und diese Instrumente attraktiver machen. Oder man könnte es auch so formulieren, dass man es damit «überhaupt machbarer» macht.

Die Kritik aus dem Gemeinderat, dass sich dadurch wahrscheinlich nichts ändert, wie man der Antwort des Gemeinderates entnehmen konnte, finde ich ein bisschen schwach. Eine solche Denkweise hindert meiner Meinung nach den Fortschritt und bringt uns keinen Meter weiter. Wenn wir jeden Versuch, irgendetwas zu ändern und irgendeine Lösung für etwas zu finden, jeweils mit solchen Argumenten abtun, so kämen wir überhaupt nirgends hin. «Es bringt nichts und lassen wir es doch sein», ist bequem und einfach zu sagen, aber in keiner Weise lösungsorientiert. Wir kommen nur dann weiter, wenn wir Lösungen suchen und Änderungen oder mögliche Verbesserungen nicht scheuen. Die aktuelle Situation mit häufiger Uneinigkeit im Stadtrat und einer tiefen Stimmbeteiligung bei städtischen Vorlagen und die allgemeine Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit unserer Arbeit im Stadtrat verlangt definitiv nach einem Zeichen. Gemeinsam und überparteilich könnten wir hier mit dieser Motion einen Schritt machen und genau ein solches Zeichen setzen, indem wir die politischen Hürden für Bürgerinnen und Bürger in der Stadt abbauen. Wie gross sich dann der Effekt dieses Schritts auf die Gemeindepolitik oder auf die politische Aktivität der Langenthalerinnen und Langenthaler wirklich auswirkt, steht in den Sternen. Aber wichtig ist, dass wir diesen Schritt machen und etwas verändern. Hohe politische Hürden, eine politische Verdrossenheit, Stillstand und Uneinigkeit in der Politik bringen uns ganz sicher nirgends hin. In diesem Sinn hoffe ich, dass Sie dieser Motion zustimmen können und so auch mithelfen, ein überparteiliches Vertrauenszeichen an die Stimmbevölkerung, an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Langenthal zu senden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.



Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci dafür. Nun kommen wir zu den Fraktionen. Wer möchte sich hier zu Wort melden?

FDP/jll-Fraktion, Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Die FDP/jll-Fraktion wird dieser Motion mehrheitlich zustimmen. Wir erachten es als sinnvoll, die Hürde für die Mitsprache der Bevölkerung zu senken und so ein aktives Mitwirken und damit auch unsere direkte Demokratie zu fördern. Wir sind der Ansicht, dass es sich bei dieser Forderung um eine moderate Anpassung handelt.

GLP/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (GLP): Die GLP/EVP-Fraktion wird dieser Motion einstimmig zustimmen. Wenn man sieht, dass die Motion durch Gespräche entstand, nachdem es zwei Bevölkerungsvorstösse gab, die für alle Bevölkerungsgruppen mehr Mitsprache ermöglicht hätten, aus meiner Sicht dann aber leider abgelehnt wurden, fanden wir nun doch einen moderaten Kompromiss, der zwar eine einfachere Mitsprache für viele, aber leider nicht für alle bedeutet. Und das ist immerhin etwas. Wir erachten auch die vorgeschlagenen Zahlen von 500 statt 900 Unterschriften bei Initiativen und 250 statt 400 bei Referenden als angemessen. Im Gegensatz zum Gemeinderat erwarten wir nun auch nicht, dass sich unmittelbar etwas ändert, sodass wir auch keine Flut an Anträgen erwarten. Natürlich hoffen wir, dass es genutzt wird und sich dadurch auch etwas ändern soll. Aber wie Georg Cap schon sagte, erwarten auch wir nicht aufgrund dieser tiefen Stimmbeteiligungen anlässlich der letzten Kommunalabstimmungen, dass wir uns nur noch mit Initiativen an der Urne zu beschäftigen haben. Nach dem Nein zum Budget erachten wir dies auch als positives Zeichen, dass wir dadurch eine einfachere Mitsprache des Volkes ermöglichen. Aus diesen genannten Gründen und denjenigen der Vorrednerinnen und Vorredner werden wir hier einstimmig Ja sagen. Merci.

SP/GL-Fraktion, Linus Rothacher (SP): Auch die SP/GL-Fraktion begrüsst die vorliegende Motion. Das Zustandekommen einer Volksinitiative oder eines Referendums ist mit hohen administrativen Hürden verbunden. Es gilt die verfassungsmässig verlangte Anzahl Personen dazu zu bewegen, das besagte Begehren zu unterschreiben. Und ich glaube, wie es Georg Cap bereits sagte, dass alle, die schon einmal an einer Unterschriftensammlung beteiligt waren, wissen, dass dies gar keine einfache Aufgabe ist. In den vergangenen zehn Jahren wurden, wie hier auch bereits erwähnt, zwei Initiativen lanciert und beide wollten notabene ein Anliegen einer politischen Minderheit auf das Tapet bringen. Beide kamen wie gehört mangels notwendiger Unterschriften nicht zustande. Es gibt in Langenthal daher aber durchaus politische Anliegen, die keinen Eingang in das Parlament finden. Auf der anderen Seite ist es, zumindest meinem Erachten zufolge, auch möglich, dass sich in einer Volksabstimmung andere Mehrheiten finden lassen als im Parlament. Für uns, gerade auch als Fraktion aus zwei Parteien, die sich eher häufig in einer Minderheit befindet, ist es deshalb klar, dass die heute sehr hohen administrativen Hürden für den Gebrauch der in der Verfassung vorgesehenen Volksrechte angepasst werden sollten. In diesem Sinn wird die SP/GL-Fraktion für die Erheblichkeitserklärung der Motion stimmen. Merci für das Zuhören.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ich nehme es vorneweg, dass auch die SVP-Fraktion diese Motion unterstützt. Wenn wir es uns ein bisschen vergegenwärtigen, welche Situation wir hier vor uns haben, so können wir festhalten, dass es um eine Idee geht, die hier anlässlich einer Stadtratssitzung im Rahmen eines Schlagabtausches geboren wurde, bei welchem wir bedeutend uneiniger waren als wir das heute sein werden. Diese Motion wurde überparteilich lanciert und es hat Unterzeichnende aller Fraktionen dabei. Und wir halten fest, dass sogar der Gemeinderat die Empfehlung abgibt, die Motion als erheblich zu erklären. Wenn wir all diese Elemente ein bisschen zusammenfassen, so denke ich auch – vielleicht zuhänden von all denjenigen, die monieren, dass wir eine schlechte politische Kultur haben und die Kultur hier im Stadtrat vielleicht auch häufig ein bisschen schlecht reden, dass solche Zeichen es durchaus verdienen, zur Kenntnis genommen zu werden.

Warum ist diese Motion richtig? Es war vorher häufig von den Initiativen die Rede, sodass ich mir aber auch erlaube, den Fokus auf das Referendum zu richten. 400 Stimmberechtigte sollen innerhalb von 30 Tagen unterschreiben und so kommt es zu einer Volksabstimmung. Wenn man sich überlegt, wie kurzfristig die Sitzungen mit den Traktanden hier für den Stadtrat angesetzt werden und man dann erstmals nur weiss, welche Themen und beispielsweise welche Reglemente zur Debatte stehen, so hat man zuerst die Debatte



im Stadtrat abzuwarten, wobei ja nicht immer klar ist, ob der Stadtrat für oder gegen ein Reglement ist, zumal vielleicht auch einmal eine zweite Lesung beschlossen wird. Darauf folgt der Entscheid des Stadtrats, indem er sich für einen Kredit oder für ein Reglement entscheidet. Ab diesem Zeitpunkt, respektive ab Publikation als Folge dieses Beschlusses hat man 30 Tage Zeit um 400 Unterschriften zu sammeln. Und möglicherweise fällt dann die Unterschriftensammlung noch in eine Ferienzeit wie gerade jetzt in der Osterzeit, in der dann entsprechend weniger Leute verfügbar sind. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich bereits einmal das eine oder andere Mal bei Unterschriftensammlungen für Initiativen und Referenden mitmachte und ich es ist kein Schleck. Und wenn man dann nur 30 Tage Zeit hat, um 400 Unterschriften von Langenthaler Stimmberechtigten zusammen zu bekommen, so ist es eben erst recht kein Schleck. Die heutigen Hürden für Referenden, aber auch für Initiativen verunmöglichen nicht das Zustandekommen der Volksrechte. Das nicht und sie sind rechtlich auch ohne Zweifel korrekt. Aber sie erschweren das Wahrnehmen der Volksrechte über Gebühr. Und genau das möchte die vorliegende Motion ändern. Es soll damit wieder einfacher werden von den Volksrechten Gebrauch zu machen. Man sprach nun von zwei Initiativen, die gar nicht erst zustande kamen, da sie im Sammelstadium scheiterten. Mit Blick auf mögliche Referenden und Initiativen, die erst gar nicht in Angriff genommen wurden, weil man es von vornherein als zu schwierig erachtete, die notwendigen Unterschriften zusammen zu bringen, darf man die vorliegende Problematik durchaus erweitern. Es kommt heute zu praktisch keinen Initiativen oder fakultativen Referenden. Wenn man dieser Motion zustimmt und sie dann umgesetzt würde, so würde es die eine oder andere Abstimmung mehr geben, was wohl absehbar wäre. Aber es ist nicht davon auszugehen, dass es dann quasi in inflationärer Art und Weise zu einer unglaublichen Häufung von Initiativen und Referenden kommen würde. Ich denke, dass angesichts der Tatsache, wie wenig heute von Volksrechten Gebrauch gemacht wird, kaum davon auszugehen ist.

Wenn man nun schaut, was in den vergangenen Jahren zustande kam, so kam es beispielsweise zum Referendum gegen den Kredit für die SCL-Jugend. Ja, dort kam ein Referendum mit der heute noch gültigen Anzahl an Unterschriften zustande. Ich gratuliere denjenigen, die das schafften. Aber nur weil man in einem Fall diese Unterschriften zusammen bekam – und offensichtlich handelte es sich dabei um einen Selbstläufer, kann man einfach nicht folgern, dass in allen anderen Fällen, in denen eine Volksabstimmung vielleicht auch angebracht wäre, diese Unterschriften ebenso ohne weiteres zu realisieren sind. Ich denke auch, dass es mit Blick auf den Quervergleich mit anderen grösseren Gemeinden angebracht ist, diese Unterschriftenzahl zu senken. Die Motionäre machten einen Vorschlag, was eine zielführende Lösung sein könnte. Ob es dann genau diese Zahl ist, muss hier im Stadtrat diskutiert werden, wenn die Motion überwiesen wurde. Vielleicht sagt man dann auch, dass 250 oder 200 Unterschriften zu wenig sind und man 300 möchte, was ebenso einer substantziellen Reduktion gleichkommen würde. Welches die richtige Zahl ist, müssen wir nicht heute entscheiden. Heute ist es wichtig die Stossrichtung vorzugeben um zu sagen, dass die Unterschriftenzahlen zu hoch sind und wir heute praktisch keine Volksrechts-Initiativen und fakultative Referenden haben, was wir vermehrt ermöglichen wollen. Wie hoch man diese Zahl dann festlegt, werde ich als Gegenstand einer künftigen Debatte. Ich würde Sie im Namen der SVP-Fraktion und auch in Übereinstimmung mit den Vorrednerinnen und Vorredner darum bitten, dieser Motion eine Chance zu geben und damit die Türe für ein bisschen mehr Demokratie zu öffnen; nicht für eine inflationäre Nutzung der Volksrechte, aber für ein bisschen mehr Demokratie. Danke fürs Zuhören.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Besten Dank. Da sich nun alle Fraktionen zur Motion äusserten, kommen wir zu den Einzelsprechern. Gibt es hier Wortbegehren?

Diego Clavadetscher (FDP): Patrick Freudiger sprach von politischer Kultur. Politische Kultur braucht Hofnarren. Ich bin so einer. Der Hofnarr ist in einer hoffnungslosen Situation, aber er hält hin und wieder die Karte in die Höhe, um aufzeigen zu können, dass nicht alles glänzt, was goldig aussieht. Für mich als überzeugter Demokrat ist es schwierig, Argumente gegen die Stärkung der Volksrechte zu finden. Aber wir befinden uns in dieser Stadt in einem Gesamtsystem. Und da bin ich mit Georg Cap einverstanden, dass wir etwas verändern und Lösungen suchen müssen. Aber wenn «Lösungen suchen» sogleich bedeutet, das Erstbeste zu packen und damit ein Zeichen zu setzen, so ist dies vielleicht nicht unbedingt die bestbewährteste und



nachhaltigste Lösung. Ich weiss, dass ich heute nicht nur die Rolle des Hofnarrs innehabe, sondern auch diejenige von Don Quijote, der gegen Windmühlen zu kämpfen hat. Ich möchte nun aber anregen, dass, falls die Motion für erheblich erklärt wird, wir ja auch an einer Änderung der Stadtverfassung arbeiten. Wenn wir damit schon die Stadtverfassung zu bearbeiten beginnen und diesen ganzen Prozess, inklusive der kantonalen Genehmigungen einleiten, wäre es vielleicht gut, wenn wir uns nicht nur auf diese beiden Fragen konzentrieren, die hier in den Raum gestellt wurden, sondern wenn wir das Ganze öffnen. Wenn wir eben auch beispielsweise das Funktionieren der heute bestehenden Gremien wie Gemeinderat, Stadtrat und gemeinderätliche Kommissionen aufnehmen und wir das Gesamtsystem, das auf der Ebene der Volksrechte durchaus angepasst werden kann, austarieren und nicht nur an einer einzigen Stellschraube herumschrauben. Dann habe ich den Eindruck, dass wir damit etwas langfristig Gutes schaffen und mein Votum damit auch einen Sinn gehabt hätte. Danke.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecher?

Martin Lerch (SVP): Ich rede hier auch als Motionär. Wir hörten es, dass diese Hürde moderat gesenkt werden soll, sich damit aber immer noch innerhalb der kantonalen Vorgabe befindet. Wenn es damit gelingt, dass wir die Bürgerbeteiligung damit fördern können, dann hat es sich bereits gelohnt. Ich würde gerne den Anti-Hofnarr spielen und eine Geschichte erzählen, die man der Presse kürzlich entnehmen konnte. Rapperswil-Jona im Kanton St. Gallen hat rund 28'000 Einwohner und kein Parlament. Gerade kürzlich würde dort die Einführung eines Parlaments erneut deutlich abgelehnt. Wieso erwähne ich dies? Ausserhalb der Box zu denken, heisst eben auch kritisch zu sein, vielleicht auch suggestiv, ketzerisch und selbstkritisch zu fragen, ob wir dieses Parlament überhaupt brauchen? Würden wir nicht besser fahren wie Rapperswil-Jona, das eine Regierung hat und dreimal pro Jahr eine Bürgerversammlung? Aber keine Angst, ich werde keine Initiative in diese Richtung lancieren, aber es ist vielleicht auch einmal gut, wenn man sich dies einmal überlegt. Ein zweiter Punkt, vielleicht ebenso im Sinne eines Hofnarrs, betrifft die Frage, wer der Chef in der Schweiz ist. Ist dies der Bundesrat? Ist das die Kantonsregierung? Ist das der Stadtpräsident? Sind dies unsere Parlamente? Der Chef der Schweiz in wohl etwas populistischer Ausdrucksweise ist das Volk. Und das Volk hat selbstverständlich immer recht. Und wenn wir die Mitbestimmungsmöglichkeit verbessern können, so ist dies gut. Ich hoffe, dass sich niemand vor dem Volk fürchtet, denn ich habe keine Angst und deshalb würde ich all denjenigen empfehlen, die keine Angst vor dem Volk haben, dieser Motion hier zuzu-stimmen. Besten Dank.

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Gibt es weitere Einzelsprecher? Gut, das scheint nicht der Fall zu sein. Somit schliesse ich die Beratung und so hat der Sprecher der Motion nochmals die Möglichkeit sich zu Wort zu melden, falls er dies wünscht.

Sprecher der Motion, Georg Cap (GL): Ich möchte gar nicht mehr allzu viele Worte verlieren, möchte aber vielleicht noch ganz kurz auf die sehr berechtigte Kritik von Diego Clavadetscher reagieren. Ja, es macht vielleicht den Anschein, dass dies der erstbeste Vorschlag war, den man fand. Aber ich habe dennoch nicht das Gefühl, zumal wir ja nicht mit Vorschlägen zum Vorwärtsschreiten überhäuft wurden, sondern uns vielmehr doch vor allem gegenseitig bekämpften. Es wurde schon oft gesagt, dass man Vorschläge bringen soll und dann den besten Vorschlag ausarbeiten sollte. Nur bringt fast niemand einen Vorschlag. Wir schlagen uns die Köpfe ein und bleiben dann meistens stehen. Und das ist ein bisschen das Problem, was uns auch störte. Deshalb gingen wir hier auch überparteilich vor, trafen uns und fanden zusammen ein Thema, bei dem wir das Gefühl gewannen, dass wir vorwärts machen können. Auch dem Vorschlag, dies sogleich dafür zu nutzen, um alles ein bisschen besser auszutarieren, miteinzubeziehen und alles zu überdenken, kann ich mich durchaus anschliessen und finde ich wichtig und löblich. Das Problem dabei ist einfach, dass wir uns darin dann auch wieder verlieren können. Da müssten wir dann auch aufpassen, dabei irgendeinmal effektiv einen Schritt vorwärts machen zu können, damit wir nicht ewig an Dingen herumschrauben und uns dabei ewig in dieser Juristerei verlieren, bis wir zuletzt nicht mehr wissen, was wir eigentlich ändern wollten und unsere Amtszeit vorbei ist und wir uns gar nicht mehr in der politischen Verantwortung befinden; und dann diejenigen, die nach uns kommen, etwas ganz anderes zu machen beginnen. Deshalb ist es sicherlich auch wichtig, dass man zwischenzeitlich auch einmal einen Vorschlag packt und umsetzt, der einem gut erscheint und für den sich eine Mehrheit finden lässt. Merci vielmals.



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 3. April 2023

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Merci. Nun kommen wir zur Abstimmung. Zuerst geht es um die Qualifikation der Motion. Wer dem Antrag des Gemeinderates, diese Motion als Motion mit Weisungscharakter zu qualifizieren, zustimmt, soll dies mit der Stimmkarte bezeugen. Ist jemand dagegen? Enthaltungen?

So kommen wir zur Abstimmung über die Motion. Wer die Motion gemäss Ziff. II für erheblich erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte anzeigen. Wer ist dagegen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):**

I. **Die Motion Cap Georg (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (GLP), Rothacher Linus (SP), Lerch Martin (SVP) vom 23. Januar 2023: Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein bei 2 Enthaltungen:**

II. 1. **Die Die Motion Cap Georg (GL), Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (parteilos), Häfliger Dyami (GLP), Rothacher Linus (SP), Lerch Martin (SVP) vom 23. Januar 2023: Hürden für Initiativen und Referenden senken – mehr Mitsprache ermöglichen wird erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 3. April 2023

5. **Mitteilungen des Gemeinderates**

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Es liegen keine Mitteilungen des Gemeinderates vor.



6. A Eingereichte dringliche Interpellation Zürn Fanny (GL), Lehmann Päivi (SP) vom 3. April 2023: Bauvorhaben eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks des Gasverbundes Mittelland in Muttenz

Interpellationstext:

"Bauvorhaben eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks des Gasverbundes Mittelland in Muttenz"

Anfrage:

Wie die "Sonntagszeitung" am 24. Dezember 2022 berichtete, plant der Gasverbund Mittelland (GVM) den Bau eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks, welches der Bund gedenkt, zu errichten. Erdgas ist wie Erdöl und Kohle ein fossiler Brennstoff und stösst bei seiner Verbrennung das klimaschädliche Treibhausgas CO₂ aus. Beim Transport tritt aufgrund sogenannter Leckage das 80-mal potentere Treibhausgas Methan aus. Die Förderung von Erdgas erfolgt häufig durch die besonders umweltschädliche Frackingtechnik. Ausserdem stammt ein substantieller Teil des gehandelten Erdgases aus Diktaturen wie Katar. Da Erdgas bei Raumtemperatur gasförmig ist, müssen immense Energiemengen aufgewendet werden, um Erdgas zu verflüssigen.⁹ Die Internationale Energieagentur (IEA) hat in einem Bericht 2021 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zur Einhaltung der 1.5-Grad-Grenze bzw. des Pariser Abkommens keine neue fossile Infrastruktur mehr gebaut werden dürfe. Das gilt auch für Erdgas, dessen Verbrauch analog zu Kohle und Erdöl rasch gesenkt werden muss.

Der GVM ist eine Aktiengesellschaft, welche im öffentlich-rechtlichen Besitz von 15 Lokalversorgern ist. Die IBL ist eines davon.¹⁰

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie nimmt die IBL Einfluss auf die Tätigkeiten des Gasverbundes Mittelland?
2. Hat die IBL die Pläne des Gasverbundes Mittelland für den Bau eines Flüssiggasterminals, eines Gasspeichers und eines Reservekraftwerks bereits besprochen?
3. Wie könnte sichergestellt werden, dass das Gas ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen und aus Biogas gewonnenen Rest- und Abfallstoffen kommt?
4. Falls Punkt 3 nicht sichergestellt werden kann, welche Massnahmen gedenkt der Gemeinderat und/o-der die IBL zu unternehmen, um die genannten Vorhaben des Gasverbundes Mittelland zu verhindern?

Begründung (fakultativ):

Mit der Unterzeichnung der Klima- und Energie-Charta anerkennt die Stadt Langenthal den Klimawandel als eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit sowie dass die Klimaerwärmung auf 1.5 Grad gegenüber der

⁹ <https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/gasausstieg> und <https://www.greenpeace.de/klimaschutz/energiewende/gasausstieg/lng-sechs-mythen>

¹⁰ <https://www.gvm-ag.ch/auftrag.html>



vorindustriellen Zeit begrenzt werden muss.¹¹ Zudem legt der Gemeinderat in den «Richtlinien der Regierungstätigkeit 2021-2024» als strategischen Leitsatz fest, dass die Stadt Langenthal die Auswirkungen des Klimawandels wo auch immer möglich lindert.¹²

Fanny Zürn
(Erstunterzeichnende)

*Beantragte Dringlichkeit gemäss Beschluss des Büros des Stadtrates vom 3. April 2023 bestätigt.
Begründung der Dringlichkeit: Im diesjährig erschienenen Synthesereport des Weltklimarats (IPCC) machen die Wissenschaftler:innen mit aller Deutlichkeit klar, dass das 1.5-Grad-Ziel nur noch schwer zu erreichen sei. Bleiben die politischen Anstrengungen so wie heute, überschreiten wir bereits in den 2030er-Jahren die 1.5 Grad-Grenze mit drastischen Folgen für das menschliche Zusammenleben. Damit überhaupt noch eine Chance besteht, dass 1.5-Grad-Ziel zu erreichen, müssen laut der Wissenschaft die Treibhausgasemissionen in allen Sektoren ab sofort sinken und bis 2030 halbiert werden.¹³ Die Pläne des Gasverbunds Mittellands stehen völlig diametral zu den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Es wird daher die Dringlichkeit der Interpellation beantragt um, je nach Antwort, noch rechtzeitig in den Planprozess eingreifen zu können.*

¹¹https://www.langenthal.ch/_docn/3156926/Alle_Sitzungsunterlagen_fuer_die_Stadtratssitzung_vom_28_Juni_2021_in_einem_Dokument.pdf ab S. 510

¹² https://www.langenthal.ch/_docn/3188461/PDF_Regierungsrichtlinien_2021-2024_A4_web.pdf ab S. 3.

¹³ Weltklimabericht 2023 aktuell - Klimabericht IPCC - IPCC-Berichte: Sachstandsberichte zur Klimaforschung Zusammenfassung (lpb-bw.de)



Die Behandlung der dringlich erklärten Interpellation erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹⁴

¹⁴ **Art. 52 Abs. 1 lit. c., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)**

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

c. dringlich erklärte Vorstösse: in der Regel bis zur nächsten Ratssitzung.

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



6. B Eingereichte Interpellation Barben Stefanie (FDP) und Mitunterzeichnende vom 3. April 2023: Erhalt und Verfügbarmachen des Erbes der Porzellanfabrik Langenthal

Interpellationstext:

"Erhalt und Verfügbarmachen des Erbes der Porzellanfabrik Langenthal"

Anfrage:

Der Verein Werk 20 I Porzellan, welchen ich präsidiere hat am 26. Januar 2021 einen runden Tisch organisiert zum obengenannten Thema. An diesem Meeting haben die folgenden Parteien teilgenommen: Porzellanfabrik Langenthal, Ducksch & Anliker Architekten, Museum Langenthal, Stadt Langenthal, Schloss Aarwangen, Verein Werk 20 I Porzellan.

Die gemeinsame Diskussion und die Aufbruchstimmung auf dem Porziareal haben gezeigt, dass rasch gehandelt werden muss und im Zusammenhang mit dem Erbe der Porzellanfabrik zwei Bereiche auseinandergehalten werden müssen. Diese sind:

- a) Sicherung des Erbes*
- b) Zugänglich machen des Erbes der Porzellanfabrik für eine breite Öffentlichkeit*

Per Frühsommer 2022 konnte unter der Federführung der Stadt Langenthal bei der G. Benedikt Group eine schriftliche Bewilligung eingeholt werden für die Erarbeitung eines Inventars der Porzi-Sammlung. Die Inventaraufnahme ist im Sommer 2022 unter der Leitung vom Museum Langenthal erfolgt und ein entsprechender Bericht wurde bei der Stadt Langenthal per Oktober 2022 eingereicht.

Da die Transformation des Porzi-Areals voll im Gang ist und die wirtschaftliche Situation der G. Benedikt Group wahrscheinlich herausfordernd ist, möchte ich mit dieser Interpellation wieder auf die Dringlichkeit des Handelns in dieser Sache hinweisen und folgende Fragen stellen:

- *Was hat die Inventaraufnahme ergeben?*
- *Wie beurteilt die Stadt die Erhaltungswürdigkeit des Erbes der Porzellanfabrik Langenthal?*
- *Sind mit den Besitzern der G. Benedikt Group weitere Gespräche geführt worden betreffend das Eigentum an dem Archiv? Wenn ja, was ist dabei herausgekommen?*
- *Was plant die Stadt Langenthal weiter zu unternehmen, um dieses Kulturerbe zu erhalten?*
- *Wie sieht der Gemeinderat das weitere Vorgehen? Gibt es einen Zeitplan?"*

Stefanie Barben
(Erstunterzeichnende)



6. C Eingereichte Interpellation Sägesser Saima Linnea (SP) vom 3. April 2023: Sicherheitslage Bahnhof Langenthal 2022-2023

Interpellationstext:

"Sicherheitslage Bahnhof Langenthal 2022-2023"

Anfrage:

*Die Sicherheitslage am Bahnhof Langenthal liess gemäss Augenzeug*innen und an mich herangetragenen Berichten 2022 zu wünschen übrig: Sexualisierte Gewalt, versuchter Totschlag, Vandalismus, Dealerei, usw. Das Sicherheitsempfinden scheint gesunken zu sein und es stellen sich Fragen zur Pflichterfüllung der Kantonspolizei.*

1. *Prävention: Die Polizei kann durch Präventionsmassnahmen dazu beitragen, dass Straftaten gar nicht erst begangen werden.*
 - *Welche Präventionsmassnahmen hatten die Kantonspolizei und die Stadt Langenthal im Jahr 2022 für die Sicherheitslage am Bahnhof Langenthal vorgesehen, um Vandalismus, Gewalttaten und weitere Delikte zu verhindern?*
2. *Ermittlung: Wenn eine Straftat begangen wurde, ermittelt im Normalfall die Polizei, um den*die Täter*in zu finden und zur Rechenschaft zu ziehen.*
 - *Was wird unternommen, um die Bevölkerung zu ermutigen, Vertrauen in die Kantonspolizei zu setzen und Verbrechen zu melden? (Dass das Vertrauen nicht per se gegeben ist, schliesse ich aus den oben genannten Berichten wo sogar Gewaltverbrecher durch Privatpersonen selbst gefunden werden mussten, da die Polizei scheinbar die Dringlichkeit nicht gegeben sah.)*
 - *Wie hoch schätzen die Kantonspolizei und das Amt für öffentliche Sicherheit die Dunkelziffer von nicht gemeldeten und zur Anzeige gebrachten Gewaltverbrechen am Bahnhof Langenthal ein?*
 - *Wie hoch ist die Erfolgsquote der Kantonspolizei bei der Festnahme von Gewaltverbrecher*innen, Vandal*innen, Velodieb*innen etc.?*
3. *Intervention: Wenn eine Straftat im Gange ist oder unmittelbar bevorsteht, kann die Polizei intervenieren, um persönlichen und materiellen Schaden abzuwenden.*
 - *Wie rasch ist die Kantonspolizei zur Stelle, wenn vom Bahnhof Langenthal Notrufe getätigt werden?*
 - *Wie hoch ist die Erfolgsquote der Kantonspolizei in der Deeskalation?*

Das Jahr 2023 markiert den sichtbaren und erlebbaren Start der Umbauarbeiten des Bahnhofs Langenthal. Umso mehr sollte der Grundstein für ein gutes Sicherheitsgefühl im und um den Bahnhof Langenthal herum gelegt werden.

4. *Sicherheitskonzepte/Massnahmen:*
 - *Aktuell, Stand April 2023, ist der Bahnhofsplatz eingezäunt. Man kommt nur schwer von den Seiten oder durch den schmalen Korridor, vis a vis Dogans, wo auch neu Velos abgestellt werden können, zu den Treppen. Es wirkt unrealistisch, dass hier im Falle eines Notfalls Rettungsdienst und Sicherheitskräfte guten Zugang hätten, sollte beispielsweise bei der Haupttreppe, in der Unterführung oder auf einem Perron ein Notfall gemeldet werden. Wie wird garantiert, dass während den Umbauarbeiten das Eingreifen von Sicherheits- und Rettungskräften rasch und ungehindert möglich ist?*
 - *Was wird unternommen, um Gewalt am Bahnhof Langenthal während der Umbauphase einzudämmen und nicht zu fördern?"*

Saima Linnea Sägesser



In eigener Sache

Stadtratspräsident Michael Schenk (SVP): Die nächste Stadtratssitzung wurde bekanntlich um eine Woche, auf den 8. Mai 2023, vorverschoben und findet wiederum hier in der Alten Mühle statt. Vergessen Sie diesen Termin nicht, geht es dann doch um das Budget 2023, wozu Sie dann noch wie gewohnt die entsprechenden Unterlagen zugestellt erhalten. Ich danke Ihnen recht herzlich für Ihr Mitmachen. Vielleicht achteten Sie sich heute beim Hereinkommen, dass es auf der rechten Seite langsam wächst; zwar langsam, aber es wächst, was wir im Januar pflanzten. Ich glaube, dass es gut kommt. Nun verweise ich noch darauf, dass im Anschluss das Bistro im Parterre offen ist und man noch etwas zusammen trinken kann und wir ja noch etwas Zeit für das eine oder andere Gespräch haben, da wir ja relativ zügig die heutigen Traktanden behandeln konnten. Ich wünsche allen bis zum nächsten Mal eine gute Zeit und einen schönen Abend.